

## Schily übernimmt dbb-Forderung nach inhaltsgleicher Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung und kündigt Gesetzentwurf an

Der Bundesinnenminister hat bereits auf der Arbeitstagung des DBB am 13. Januar 2003 in Bad Kissingen durch seinen Staatssekretär erklären lassen, dass das Tarifergebnis (i.w.: 1.4.2003: +2,4%, 1.1.2004: +1% und 1.5.2004 +1%) auch auf die Beamtenbesoldung inhaltsgleich übertragen werden soll.

Das Verfahren zur Angleichung der Beamtgehälter läuft üblicherweise folgendermaßen ab:

1. Der Bundesinnenminister legt den Gewerkschaften einschl. DBB gemäß §94 BBG den Entwurf eines Bundesbesoldungsgesetzes vor.
2. Im Rahmen der Anhörung finden Gespräche mit den Gewerkschaften statt und es können Vorschläge eingebracht werden.
3. Der Gesetzentwurf wird in den Bundestag eingebracht.
4. Da auch die Besoldung der Länderbeamten geregelt wird, muss zu dem Besoldungsgesetz die Zustimmung des Bundesrats eingeholt werden.

In diesem letzten Punkt liegt zur Zeit das Problem:

Die Bundesländer haben bereits im letzten Jahr zum Zwecke der Entlastung ihrer Haushalte eigene Vorschläge zur Besoldung der Länderbeamten gemacht, die eine

- Streichung des Urlaubsgeldes, einen
- Reduzierung/Wegfall des Weihnachtsgeldes und eine
- Gehaltsabsenkung auf bis zu 90% des jetzigen Niveaus

zum Inhalt hatten. Dabei hätte ein Einkommensverlust von bis zu 18 % eintreten können.

**Der Bundesrat hatte diese Vorschläge in seiner Sitzung am 14. Februar 2003 vorliegen aber noch nicht diskutiert und eine Sachentscheidung noch nicht getroffen.**

Der Freistaat Bayern hatte dazu noch einen ergänzenden Antrag gestellt, um zu erreichen, dass auch noch die Gewährung (wohl besser gesagt die Nichtgewährung) von Amts- und Stelvenzulagen in die Regelungskompetenz der Länder fällt.

Die bisher bekannt gewordenen Vorschläge sollen noch einmal koordiniert und in der nächsten Ministerpräsidentenkonferenz abgestimmt werden.

### Geschäftsstelle München

Morassistraße 2  
D-80469 München

Verantwortlich  
Jürgen Mume  
Telefon 089.2195-3024

Telefon 089.2157-8433  
Telefax 089.2157-8433  
[post@vbgr.dbb.de](mailto:post@vbgr.dbb.de)  
[www.dbb.de](http://www.dbb.de)

aktuell

Diese Konferenz wird voraussichtlich vor der nächsten Sitzung des Bundesrates am 14.03.2003 zusammenkommen.

Für die Bundesregierung hat Bundesinnenminister Schily dargelegt, dass er eine inhalts- und deckungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses auch auf den Beamtenbereich für wünschenswert hält. Schily betonte, dass nicht nur die lineare Komponente eine Rolle spiele, sondern auch die im Tarifbereich enthaltenen Kompensationsmaßnahmen im Ergebnis getroffen werden müssen. Aus Sicht der Bundesregierung erscheint dabei eine zweimonatige Verschiebung der Bezügeanpassung den Kompensationsregelungen des Tarifbereichs zu entsprechen. Bundesinnenminister Schily bedauerte, dass der Bundesrat bisher keine konkreten und umsetzbare Vorschläge vorgelegt habe; infolgedessen kündigte er einen Gesetzentwurf zur Anpassung von Besoldung und Versorgung 2003/2004 an, zu dem sich dann die Länder im einzelnen positionieren müssen.

Falsche und verkürzt dargestellte Fernseh- und Presseberichte zu Forderungen des dbb haben teilweise zu Irritationen geführt. Für den dbb kommt es weiter darauf an, die jährliche Sonderzuwendung durch Einbau in das Grundgehalt zu sichern und Stabilität in der Bezahlung auf Dauer zu erreichen.

Der dbb verzichtet nicht auf das Weihnachtsgeld, sondern fordert vielmehr die Einarbeitung in die Tabelle und damit die Dynamisierung dieses Gehaltsbestandteils.

Die seit Jahren anhaltende politische Diskussion über eine Abschaffung des Weihnachtsgeldes – insbesondere bei den Pensionisten- hat sich in den letzten Monaten verschärft und es besteht die konkrete Gefahr einer völligen Abschaffung des Weihnachtsgeldes. Dies und insbesondere die Absicht Berlins und mehrerer weiterer Länder, über sogenannte Öffnungsklauseln das Weihnachtsgeld wie das Urlaubsgeld auf Null zu fahren war Anlass für den aktuellen Vorstoß des dbb.

**Unsere Position ist eindeutig: Wir verzichten nicht auf das Urlaubs- oder das Weihnachtsgeld, sondern fordern vielmehr die Einarbeitung in die Tabelle und damit die Dynamisierung dieses Gehaltsbestandteils.**